



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ihnen Offenbarungen der Schönheit bieten, Offenbarungen, die, eine zur andern tretend, in der That eine erhabne, erziehende, heiligende Wirkung der Kunst ergeben.

Und jene Verworrenheit gutartiger Maler hat etwas entzückend Träumerrisches an sich. Sie ist, so zu sagen, nicht weniger malerisch, als sie naiv ist. Wie der Maler beim Hören einer fesselnden Erzählung oder bei sonst einem Motiv, das seine Phantasie erregt, sofort die Elemente einer Komposition vor und in sich sieht, so leben alle seine Gedanken gleichsam im Kolorit; die Empfindungen, mit denen er, oft unter fröhlichster Nichtachtung der Vernunft, die Welt begreift, sind alle so phantastisch bunt, so lebhaft färbend, als sie originell sind. Durch solche üppige Überkleidungen von nüchterner Schärfe befreit, mutet uns die Weltanschauung der Maler an wie ein überquellend reiches Blumenbeet, das die kahle Erde verbirgt; sie ergötzt und erheitert uns, und sollte sie auch öfter wehmütig gestimmt sein, so freuen wir uns doch nicht bloß an roten Rosen, sondern auch an blaffen Lilien.

Die Art und Gesinnung der Maler hat, nach allem Gesagten, entschieden etwas Weibliches. Das liegt nicht allein in ihren soeben berührten Beziehungen zu den Blumen, sondern vorzüglich im Überwiegen der Herzens- und Geschmacks-triebe und im Zurücktreten der Logik. So stehen denn die Maler sehr hoch auf der Stufenleiter der Geschöpfe, sind jedoch für den Naturforscher ein wahres Kreuz. Wie soll er sie, die geheimnisvoll bevorzugten, schillernd wechselvollen, bald philisterhaften, bald geistreichen, genau und richtig einordnen? Wie die ästhetische Weltanschauung in ihrem Verhältnis zur ethischen sicher bestimmen? Er wird gewiß noch lange darüber nachzudenken haben.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Völker und Parlamente. Die Türkei wird ja nun wohl nächstens Europa als Musterstaat vorgestellt werden können; am 19. März werden in Tokat über hundert Armenier abgeschlachtet, und schon am 24. März — „soll“ der Sultan eine Untersuchungskommission ernannt haben. Aber wird Italien noch einmal zum politischen Leben erwachen? Das italienische Volk war im Mittelalter bis in die feinsten Aderchen seines Leibes von politischem Leben nicht allein durchströmt, sondern durchtobt. Es versank dann — wohl aus Erschöpfung — vom sechzehnten Jahrhundert an in noch tiefere politische Erstarrung als die übrigen Völker Europas; die Politik ward Kabinettsache, und Privatpersonen wagten sich nur noch hinter verschlossenen Thüren über die Angelegenheiten ihres Vaterlandes mit einander zu

unterhalten. Die französische Revolution bannte auch hier den Zauber, und nun begann die Zeit der Verschwörungen und Revolutionen, an denen sich wieder das ganze Volk, wenigstens das Stadtvolk, beteiligte, und die ihr nächstes Ziel erreichten, die Kleinstaaterie durch den Nationalstaat ersetzten, die Priesterherrschaft abschafften und die Ausländer verjagten. Seitdem ist das Volk wieder in politische Gleichgiltigkeit versunken und kümmert sich kaum noch um sein Parlament, von dessen Beratungen es schon lange nichts mehr erwartet. Freilich ist dieses Parlament keine Volksvertretung, weil die Angehörigen der untern Klassen, die mehr aus Kleinbauern als aus Fabrikarbeitern bestehen, als Analphabeten vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, und weil die Mehrheit stets ein Produkt ministerieller Wahlmache ist. Die Regierung bringt regelmäßig ihre Mehrheit zustande, die sich dann ebenso regelmäßig gegen die Regierung kehrt, weil diese die Sonderwünsche der Deputierten nicht zu befriedigen vermag. Diese sind teils Streber, teils Geldspekulanten (meistens wohl beides), teils ehrliche Vertreter örtlicher Interessen. Nur drei Parteien, schreibt der Abgeordnete Colajanni in der Wiener „Zeit,“ wissen, was sie wollen: die Republikaner, die Sozialisten und die Merikalen; aber die ersten beiden sind zu wenig zahlreich, und den dritten ist vom Papste das Wählen verboten. So bleiben die Leiden des Volks ungeheilt und die notwendigen Reformen unausgeführt, und so kehren denn gerade die Gebildeten der nördlichen Provinzen der Politik den Rücken und verzichten vielfach sogar auf die Ausübung ihres Wahlrechts. Das Parlament abzuschaffen würde auch nichts nützen. Daß es vorherrschend eine Vertretung der ungebildeten und besitzlosen Klasse sei, kann ihm wahrhaftig niemand vorwerfen, und daß man mit der Diktatur keinen Schritt weiter kommt, hat man unter Crispi erfahren.

Abgesehen von den besondern Ursachen, die in Italien wirken, leidet das dortige Staatswesen an der allgemeinen Krankheit des modernen Großstaats — eben seiner Größe; die Form, wie bei einem so großen Körper jedes Glied in eine lebendige und heilsame Wechselwirkung zum Ganzen treten könnte, ist noch nicht gefunden. Daher die unzähligen Vorschläge zur Umgestaltung des Wahlrechts. Wenn es ein Haupterfordernis eines guten Wahlrechts sein sollte, daß die Stimmen nicht bloß gezählt, sondern gewogen werden, so hat Österreich das ideale Wahlrecht. Den Abt Leo Treuinfels haben sechs Confratres (nicht als Geistliche, sondern als Großgrundbesitzer) erwählt, und 80 000 vereinigte Wiener Sozialdemokraten und Liberale haben zusammen nicht ein einziges Mandat bekommen, wenigstens nicht in der fünften Kurie; die Liberalen für sich allein haben ja dann in der Städtekurie noch eins erobert. Man hat wohl immer gewußt, daß Prälaten schwere Herren sind, aber daß ein einziger etwa 15 000 seiner Mitbürger aufwiegt, hätten wir doch nicht gedacht. Die Arbeiterzeitung findet ein Symbol darin, daß der erste Abgeordnete, der bei dieser sechs Wochen dauernden Wahl herausgekommen ist, eben jener Treuinfels, ein „Pfaff“ ist, und der letzte wieder ein Pfaff, der Abt Dungal von Göttweih. Nun, wir werden ja sehen, wie weit sich die Christlich-Sozialen Merikal verhalten, und wie weit sich die Deutsch-Nationalen, bis vor kurzem die ärgsten Pfaffenfresser und Roms Todfeinde, von ihnen werden ins Schlepptau nehmen lassen, um so weit wie möglich von den Sozialdemokraten und den „Judenliberalen“ abzurücken. Unsere Hochachtung vor der Partei, die sich als die Partei der nächsten Zukunft aufspielt — die führende ist sie noch nicht, das bleibt vor der Hand die der polnischen Schlachta —, haben die Ereignisse der letzten Wochen nicht vermehrt. Um nur zwei davon anzuführen: dieselben Antisemiten, die für den Wahltag der fünften Kurie vom Statthalter Militär haben wollten zum Schutze vor den „von Juden bezahlten sozialdemokra-

tischen Strolchen," diese selben Herren haben nach ihrer Wahlniederlage in der Leopoldstadt den Juden Fenster eingeworfen und hie und da etwas mitgehn heißen (der Ausdruck „geplündert“ in liberalen Blätter war übertrieben). Nun sind es ja natürlich nicht die antisemitischen Parteihäupter gewesen, die das gethan haben, der Mob stellt sich jeder Partei zur Verfügung, und ein bißchen Kadau ist an sich nichts schlimmes, aber es bleibt doch charakteristisch, daß die Antisemiten wegen einer Niederlage Kadau gemacht haben, die Arbeiter dagegen bei ihrer fünffachen Niederlage, die sie auf Ungefehrlichkeiten zurückführen, keinen gemacht haben. Ferner berührt es eigentümlich, daß die Partei „gegen Korruption“ in Wien einen Kellner, namens Mittermayer, gewählt hat, der schon vor der Wahl des Diebstahls überführt war; wenigstens behaupten es die Gegner, die Sache wird doch wohl vor Gericht entschieden werden müssen. Mit nicht geringer Spannung werden die Volksschullehrer auf das warten, was ihnen zu blühen scheint; auch ein begütigendes Schreiben des klerikalen Abgeordneten Oberndorfer an das Organ der Liberalen in St. Pölten wird ihre Befürchtungen kaum beschwichtigen, obwohl dieser Herr beteuert: „Wahr ist, daß ich gegen die Schule als solche nie aufgetreten bin, unsern Priestern aber jene Hochachtung nicht versage, die sie als geistliche Führer und Freunde des Volks verdienen.“ Den Wahlspruch *Divide et impera* zu befolgen hat Badeni unendlich leicht; das erste ist durch die vierundzwanzig „Schattirungen,“ wie ein Blatt sehr hübsch für Parteien oder Klubs sagt, im neuen Abgeordneten-hause schon besorgt, und so macht sich das zweite von selbst. In dieser günstigen Lage durfte sich der polnische Diktator des Donaufstaats auch einmal den Luxus erlauben, etwas Gutes und Nützliches zu thun, und bei dem letzten Pairschub hochverdiente Männer von bekanntem Namen ins Herrenhaus zu befördern, statt vornehmer Nullen, wie unter Taaffe üblich gewesen sein soll; darob rühmt ihn die Neue Freie Presse.

Vor einer solchen Fülle von Schattirungen ist man in England, dem klassischen Lande des Parlamentarismus, sicher, und der Parlamentarismus ist dort eben dadurch möglich, daß es einen wirklichen Volkswillen giebt, der aus der Einsicht in die Lebensbedingungen der Nation entspringt, die freilich einfacher und widerspruchsloser, daher auch leichter zu erkennen sind als bei uns und in Osterreich. Die Schwankungen Englands in der gegenwärtigen Orientkrise erklären sich daraus, daß das Volk selber schwankt, weil es von zwei entgegengesetzten Interessen nach entgegengesetzten Seiten gezogen wird. Das tritt unter anderm recht deutlich in der *Saturday Review* hervor, die am 20. März das Gegenteil von dem schreibt, was sie am 13. geschrieben hat. Am 13. fand sie es ganz in der Ordnung, daß die drei Westmächte, England, Frankreich und Italien, als Freunde der politischen Freiheit für Griechenland gegen die drei Kaiserreiche zusammenhielten. Am 20. dagegen bezeichnete sie die Veröffentlichung des Briefes, den Gladstone an den Herzog von Westminster gerichtet hat, als ein wahres Unglück. Es sei gerade das einzige Verdienst dieses in allem übrigen verderblichen Briefes, daß er sich bemüht habe, die Engländer aus Türkenfreunden zu Russenfreunden zu machen, und nun, wo die britische Politik unter Salisbury's Führung glücklich im russischen Fahrwasser angelangt sei, begehe er die Narrheit, den russischen Kaiser öffentlich zu insultiren. Darin spiegelt sich die gespaltene englische Volksseele; Sympathie und das Interesse der innern Politik ziehen sie zu Griechenland, das Interesse der äußern Politik gebietet ihr, Rußlands Freundschaft zu suchen. Die Verwicklung wird aber dadurch schier unlöslich, daß im Augenblick Russenfreundschaft und Türkenfreundschaft eins sind. Daher würde die Türkenfreundschaft den Freiheitsfreunden, die der Sozialist Hyndman

in Nr. 71 des „Vorwärts“ vertritt, nichts mehr nutzen. Er mag Recht haben, wenn er meint, daß es sich in der Türkei weit angenehmer lebe als in Rußland, aber Rußland ist es eben, das in diesem Augenblick die Türkei schützt. Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, schließt sich Hyndman der Politik der Engländer an, „die das Fiasko der europäisirten Regierung Indiens kennen, die Besetzung Ägyptens durch unsre Truppen mißbilligen, alle tropischen Kolonien für unverträglich mit einem demokratischen Regierungssystem halten und fordern, England solle sich, gleich den Vereinigten Staaten von Nordamerika, von allen europäischen Verwicklungen zurückziehen und seine ganze Kraft darauf konzentriren, daß unsre übrigen, von unsrer eignen Rasse bevölkerten Kolonien konsolidirt und zu einem großen Ganzen zusammengefügt werden.“ Kein übler Gedanke, aber es wird noch ein Weilchen dauern, ehe Hyndman die Lords überreden wird, Indien aufzugeben. — Der zukünftige Kurs des seekrank einhereschwankenden europäischen Konzerts dürfte nicht wenig durch die Erfolge oder Mißerfolge des neuesten russischen Anleiheversuchs bestimmt werden; Frankreich ist mit russischen Werten übersättigt, und wenn es wahr sein sollte, daß London vier und Berlin elf Millionen Pfund von der neuen Anleihe übernehmen will, so würde die Freundschaft des offiziellen Englands für den teuern Freund an der Newa um vier und die des offiziellen Deutschlands um elf Grad wärmer werden.

Die freiwilligen Zwangsinnungen. Der Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks, den Preußen im Herbst vorigen Jahres dem Bundesrat vorgelegt hat, ist nach einigen wesentlichen Abänderungen an den Reichstag gelangt und wird dort voraussichtlich ziemlich ausgiebige Ausschußberatungen mit nochmaligen Abänderungen durchzumachen haben. Unsre Handwerkspolitik hat in besonderm Maße unter der Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Arbeiten, wie sie durch die ungesunden Parteiverhältnisse hervorgerufen wird, zu leiden. Gerade auf diesem Gebiete wäre deshalb eine feste, klare, führende Stellung der Regierung nötig. Aber der neue Gesetzentwurf ist das Gegenteil davon, er zwingt uns zu glauben, daß in den beteiligten Regierungskreisen das Bewußtsein der Pflicht des Besserwissens fast ganz verloren gegangen ist. Es ist nicht unsre Absicht, an dieser Stelle die in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung gerade von den sogenannten Gebildeten vielfach unterschätzten Handwerkerfrage und die Versuche zu ihrer Lösung eingehender zu besprechen; es wird sich dazu wohl später Gelegenheit bieten. Nur über den wesentlichsten Unterschied des Bundesratsentwurfs vom preußischen möchten wir schon jetzt einiges sagen, über die freiwilligen Zwangsinnungen, diese ganz besondre Leistung unsrer bürokratischen Gesetzmacherei.

Der preußische Entwurf schrieb bekanntlich die Errichtung von Zwangsinnungen allgemein vor. Sie sollten für Bezirke errichtet werden, die in der Regel so abzugrenzen wären, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnorts vom Sitz der Innung behindert würde, am Genossenschaftsleben teilzunehmen und die Innungseinrichtungen zu benutzen. Ebenso sollten in der Regel die Innungen nur je ein einziges Gewerbe, nur ausnahmsweise mehrere verwandte umfassen. Für Gewerbetreibende, die unter diesen Voraussetzungen keiner Innung zugewiesen werden könnten, sollte die Errichtung einer Innung unterbleiben, und endlich sollte der Zwang für alle wegfallen, die das Gewerbe fabrikmäßig betreiben. Nach dem Entwurf des Bundesrats sollen unter denselben Voraussetzungen „Zwangsinnungen“ nur dann errichtet werden, „wenn die Mehrheit der beteiligten Gewerbe-

treibenden der Einführung des Beitrittszwangs zustimmt.“ Um „festzustellen, ob die Mehrheit zustimmt,“ hat die Behörde „die beteiligten Gewerbtreibenden“ durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung zu einer „Äußerung für oder gegen den Beitrittszwang“ aufzufordern. Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit der Abstimmenden. Die Behörde hat nur auf „Antrag Beteiligter“ vorzugehen. Ohne Abstimmung „kann“ der Antrag abgelehnt werden, wenn die Antragsteller nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der beteiligten Handwerker bilden, oder ein gleicher Antrag innerhalb der drei letzten Jahre von der Mehrheit der Beteiligten abgelehnt worden ist, „oder durch andre Einrichtungen als diejenige einer Innung für die Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der beteiligten Handwerker ausreichend Fürsorge getroffen ist.“

Es liegt auf der Hand, daß bei der Natur der heutigen Innungsbewegung durch solche Bestimmungen nicht der Friede gefördert wird, sondern der Unfriede, nicht rüstiges, wirtschaftliches Schaffen, sondern unfruchtbare politische Agitation. Die heutige Innungsbewegung, wie sie nun einmal geworden ist, erstrebt in ihrem ausgesprochenen Programm und noch mehr in ihrer Gesamttenenz eine durch die Staatsgewalt zu erzwingende künstliche Zurückführung von Handwerkszuständen, die mit der modernen Wirtschaftslage unvereinbar ist; sie verlangt in ihrem Endziel den staatlichen Schutz gegen die Fortschritte der Technik und des Verkehrs, die staatliche Schaffung und Erhaltung unnatürlicher, ja ganz unmöglicher Erwerbsverhältnisse, und sie bedeutet deshalb, ganz ebenso wie die sozialdemokratische Bewegung, eine Schürung der Unzufriedenheit ohne Ende. Man sollte sich darüber in Preußen am wenigsten täuschen. Auch für die Wirkung der Innungsgesetzgebung vom Jahre 1881 an gilt hier in vieler Hinsicht das, was Schmoller von der psychologischen Wirkung des preussischen Gewerbegesetzes von 1849 sagt: „Das ist der Fluch jeder alten, einmal auf Abwege geratenen Institution, daß bei Wiederbelebungsversuchen nicht die tüchtigen, die jungen, die aufopfernden Kräfte zuströmen, sondern die alten, egoistischen. . . . Die persönlichen Eigenschaften derer, die in den neuen Innungen obenan kamen, waren der Krebschaden der neuen Institution, waren schlimmer als der Inhalt der Novelle selbst.“ Aber auch daran sei hier erinnert, daß gerade der Nationalökonom des Zentrums, der bairische Professor und Freiherr von Hertling am 17. März 1880 im Reichstage mit treffender Voraussicht warnte: „Die Zwangsinnungen oder die Hoffnung auf Wiedereinführung der Zwangsinnungen ist auch deshalb gefährlich, weil die daran sich anschließende Agitation den beteiligten Kreisen das eine nicht genügend zum Bewußtsein führt, daß die eigentliche Lösung der Handwerkerfrage nicht gefunden werden kann, solange der einzelne Handwerker nicht in sich selbst den Egoismus, der ihn beseelt, beseitigt,“ und daß er am 5. Mai desselben Jahres als Berichterstatter über den Antrag von Seydewitz und Genossen dem hinzufügte: „Wiederholt und von den verschiedensten Seiten aus ist innerhalb der Kommission vor einer Überschätzung der legislativen Maßregeln gewarnt worden, daß der größere und wichtigere Teil bei einer anzustrebenden Reorganisation der Innungen auf die eigne Initiative und die energische Thätigkeit der beteiligten Kreise falle. Es wurde darauf hingewiesen, daß jener korporative Geist, der die mittelalterlichen Zünfte in ihrer Blütezeit erfüllte, und der ja auch zum großen Teile seine Schwungkraft aus dem Boden lebendiger religiöser Überzeugung gewann, sich nicht durch Gesetzesparagraphe erzwingen lassen. Unter diesen Umständen würde ein Antrag auf Wiedereinführung des Innungszwangs keine Majorität in der Kommission gefunden haben.“ Wir werden wohl bald hören, wie sich Freiherr von Hertling, der ja jetzt wieder im Reichstage sitzt, mit seiner damaligen

Überzeugung heute abfindet, nachdem Rom dem Zentrum auch für die deutsche Wirtschaftspolitik, wie es scheint, die Normen vorgezeichnet hat. (Die erste Lesung des Gesetzeswurfs hat inzwischen stattgefunden, worauf wir noch zurückkommen.)

Jede gesunde Handwerkspolitik muß sich vor dem zünftlerischen Geist, der die Innungsbewegung in Preußen beherrscht, hüten. Ihr auch nur den kleinsten Finger geben, wäre eine Sünde an unsern Handwerkern. Gerade weil wir sehen, wie schwer der Handwerkerstand infolge der nicht mehr aus der Welt zu schaffenden Fortschritte der Technik und des Verkehrs leidet, wie für ihn alles darauf ankommt, daß die einzelnen und alle, mit den gegebenen unabänderlichen Thatfachen rechnend, sich möglichst schnell die Vorteile zu nütze machen, die die neuen Verhältnisse, einem jeden nach seiner Befähigung, doch vielfach bieten, gerade deshalb ist für uns das moderne Zünftertum mit seiner kläglichen Impotenz, wo immer es sich um fruchtbares Schaffen statt um Petitionen, Resolutionen, Proteste und Audienzen handelt, etwas so widerwärtiges. Es ist durchaus nicht wahr, wenn man von den Agitatoren der sogenannten Handwerkerpartei in Preußen behauptet, sie dächten nicht daran, zünftlerische Gerechtfame zurückerobern zu wollen. Wenn sie auch selbst vielleicht zum Teil einsehen, daß das unmöglich ist, so erhalten und nähren sie doch den Glauben an dieses Endziel in ihrem Anhang. Nur darin besteht ihre ohnehin spärliche Macht; wenn sie das nicht thun, sind sie ganz allein. Seit 1880 haben diese preussischen Zünftler die kostbare Zeit mit Agitationen und Organisationen vertrödeln. Das war freilich eine herrliche, thatenreiche Periode für die staatsmännischen Obermeister, die es dazu hatten, die Zeit zu vertrödeln, aber ein schwerer Schaden war es für die „organisirten“ Handwerker, die im Hoffen und Harren auf den Zwang zur Selbsthilfe sechzehn Jahre versäumten, sich selbst zu helfen. An all dem war der Innungsgedanke an sich nicht schuld, sondern der Zunftgeist, dem man — immer vornehmlich in Preußen — die junge Innungsbewegung überantwortete, der Geist der Agitation, des Parteikampfs, in den man die Innungsmeister hineintrief, von dem Antrag Seydewitz vom 5. März 1880 an. Von einem ehrlichen, kräftigen Versuch, die Segnungen des korporativen Lebens, die materiellen wie die sittlichen, den Handwerkern durch die Innungen zu teil werden zu lassen, kann in Preußen mit verschwindenden Ausnahmen gar nicht die Rede sein. Die zünftlerischen Führer, denen man die Bewegung überließ, wollten ja auch mit den „freien“ Innungen gar keine Erfolge erringen, die ihnen die immer weitergehende Agitation nur verlegt hätten. Es mußte doch bewiesen werden, daß es ohne den Zwang nicht gehe. Es ist eben alles so gekommen, wie Herr von Hertling es vorausgesagt hatte.

Und statt diesem zerfetzenden, unfruchtbaren Zunftgeist einen Damm zu ziehen, öffnet ihm die Vorlage des Bundesrats alle Schleusen. Sie ist in dieser Beziehung geradezu mustergiltig. Die Zwangsinnungen sollen dann eingeführt werden, wenn die „Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden“ sich dafür erklärt. Wer sind denn die beteiligten Gewerbetreibenden? Schon diese Vorfrage ist die ausgefuchteste Anreizung zur Agitation und Wühlerei im Kleingewerbe. Welche Unmasse von Protesten und Beschwerden kann da schon gegen die Abstimmung vom Stapel gelassen werden! fehlt doch zur Bestimmung der Grenze, wer mitzustimmen hat, jeder sichere Anhalt! Und ist der Zwang zur Selbsthilfe glücklich erreicht, so wird man sich immer noch nicht selbst helfen wollen, ehe nicht auch der Prüfungszwang, d. h. die Regulierung der Meisterzahl durch die Innung selbst, und alles weitere erreicht ist. Dazu kommt der so überaus fruchtbare und gemeinnützige Kampf um die Abgrenzung der „Gewerberechte,“ wie man in Oesterreich sagt, wieder um Grenzen, für die fast alle Markzeichen fehlen. Das allein schon giebt für viele Jahre den an die staats-

männliche Thätigkeit gewöhnten Herren Obermeistern überreichen Anlaß, leeres Stroh zu dreschen, sodaß sie zu fruchtbarer Selbsthilfe gar nicht kommen können. Aber namentlich giebt das alles Stoff zu dauerndem Heßen und Wühlen gegen Regierung und Staat. Nur eine Frucht ist davon zu erwarten, eine böse gefährliche Frucht: der Übergang der genasführten Kleinmeister in das Lager des „Umsturzes,“ soweit sie nicht schon drin sind. Ist dazu die Gesetzesvorlage gemacht in einer Zeit, in der man zum Kampf gegen den Umsturz zu den Waffen ruft und rufen muß?

In der Hauptsache bleibt auch nach dem Entwurf des Bundesrats die Fmnungsfrage eine preußische; auch die Fmnungsplage. Das werden die Herren Organisatoren in den Berliner Ministerien am eignen Leibe empfinden. Die Strafe ist gerecht. Oft genug ist ihnen gesagt worden, sie möchten dafür sorgen, daß auch die preußischen Verwaltungsbeamten mit dem Kleingewerbe und seinem Vereinsleben Fühlung zu nehmen, mit ihm zusammen zu arbeiten lernen sollten, oft genug sind sie deshalb auf Württemberg, Baden, Hessen hingewiesen worden, auch auf die staatliche Sorge für das landwirtschaftliche Vereinswesen in Preußen selbst. Auch nicht das geringste ist in dieser Beziehung geschehen, nicht einmal versucht worden, am wenigsten draußen in der Provinz und im Osten, wo es am nötigsten war. Es wäre ja gegen alle Kleiderordnung gewesen, rein unmöglich, vollkommener Umsturz, daß sich ein preußischer Landrat persönlich und unmittelbar um die Handwerkervereinigungen gekümmert hätte, wie es im Südwesten Deutschlands als selbstverständliche Pflicht selbst für den weit höherstehenden Verwaltungsbeamten erscheint. Man kann sagen, daß in den preußischen Ostprovinzen seit Menschenalteren das Kleingewerbe jeder positiv fördernden Anregung durch die Staatsbeamten entbehrt hat, vollends seit 1869, während sich das landwirtschaftliche Vereinswesen der staatlichen Pflege und Unterstützung, selbst der finanziellen, ausgiebig zu erfreuen hatte. Preußen hat seinen Handwerkerstand unverantwortlich vernachlässigt. Es war ihm nicht einmal mehr der Mühe wert, zu wissen, wie es im Handwerkerstande wirklich aussah, aber Gesetzentwürfe durch die jungen Herren vom grünen Tisch machen zu lassen, war man dank dem hochentwickelten Affessorismus jederzeit bereit, und der grüne Tisch, die Herren Assessoren an den Zentralstellen, das wars, was die führenden Obermeister gerade brauchten. Wo eignes Verständnis und eigne Überzeugung fehlen, da richtet man mit Geschrei am leichtesten etwas aus, und wenn nun gar die Berliner Obermeister gelegentlich ein harmloses „Mehr Dampf!“ vom Kaiser zu erhaschen wußten, dann schnurrte in der Reichshauptstadt natürlich die Gesetzentwurfmaschine, was das Zeug hielt, und wäre auch das, was dabei herauskam, nicht gehauen und nicht gestoßen gewesen.

Tendenziöser Unterricht. Die Ansicht, daß man durch frühzeitige Einwirkung auf Geist und Gemüt des Kindes gewisse Anschauungen in ihm befestigen könne, die es dann sein Leben lang festhalten werde, ist wohl ziemlich allgemein, und damit pflegt sich der Wunsch zu verbinden, in dieser Weise die heranwachsende Jugend in einem bestimmten Sinne zu beeinflussen. Es ist auch zuzugeben, daß die ersten Eindrücke der Kindheit meistens einen tiefen und nachhaltigen Einfluß auf den Menschen ausüben. Viele pflegen auf Autorität der Eltern oder Erzieher hin anzunehmen und festzuhalten, was ihnen in früher Kindheit eingeprägt wird, und mancher scheut sich, mit diesen Anschauungen ganz zu brechen, selbst wenn im spätern Leben die Überzeugung von der Richtigkeit der in der Kindheit empfangnen Lehren bei ihm ins Wanken kommt. Die Unterschiede der religiösen Glaubens-

bekanntnisse sind zum großen Teil der mächtigen Nachwirkung der ersten Kindheits-eindrücke zuzuschreiben.

Viele Beispiele aber beweisen, daß die erwähnte Ansicht doch einer bedeutenden Einschränkung bedarf. Spätere Lebensschicksale und sonstige Einwirkungen zerstören oft in dem Menschen das, wozu die in der Kindheit empfangnen Lehren den Keim gelegt haben. Oft läßt sich auch beobachten, daß das Bemühen, das kindliche Gemüt für gewisse Anschauungen gefangen zu nehmen, die entgegengesetzte Wirkung übt als die, die beabsichtigt wurde. Schon das kindliche Gemüt sträubt sich gegen eine tendenziöse Beeinflussung. Das Kind empfindet leicht einen Widerwillen gegen Lehrgegenstände, mit denen es sozusagen übersättigt wird, wenn versucht wird, ihm gewisse Grundsätze fortwährend einzuprägen, noch dazu vielleicht in mechanischer, geistloser Weise. Es pflegt keine gedeihliche Wirkung zu haben, wenn im Hause dem Kinde beständig Moralpredigten gehalten werden. Und ähnlich ist die Wirkung eines Schulunterrichts, der der geistigen Entwicklung des Kindes vorgreift und in das kindliche Gemüt Anschauungen pflanzen möchte, die doch nur dann rechte Festigkeit erlangen, wenn sie sich in dem Erwachsenen zu einer Zeit besser entwickelter Fähigkeit des Urteils bilden und eine Wirkung verständnisvoller Teilnahme an den geistigen Bestrebungen des Volkes sind.

Es ist begreiflich, daß der Staat den Schulunterricht, den einem jeden heranwachsenden Staatsbürger zu erteilen er für seine Pflicht hält, auch in solcher Weise zu leiten wünscht, wie es der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung dienlich erscheint, daß er darum auch Ehrfurcht vor diesen Einrichtungen zu pflegen sucht. Aber es ist ein ziemlich aussichtsloses Bemühen, schon in dem Kinde gewissermaßen ein politisches Glaubensbekenntnis auszubilden oder den Keim dazu legen zu wollen. Bei den heutigen Verhältnissen würden noch so sorgfältige Bemühungen dieser Art keine Bürgschaft dafür geben, daß dem Kinde erhalten bleibt, was man so in ihm zu pflegen sucht. Heute drängen sich politische Anschauungen der verschiedensten Art, zum Teil sehr wunderliche, an den erwachsenen oder den jungen heranwachsenden Menschen heran, und wie viel Widerstandskraft er gegen diese hat, wird meistens von seiner eignen Urteilsfähigkeit sowie von der Stärke der Einwirkungen, denen er ausgesetzt ist, abhängen. Die Nachwirkungen des Schulunterrichts wird man nicht zu hoch anschlagen dürfen.

Hieraus geht hervor, daß es viel mehr von dem Verhalten der Leiter des Staates und der Gesetzgebung abhängt, ob Achtung vor den staatlichen Einrichtungen und Zufriedenheit im Volke herrscht, als von der Pflege einer besondern Gesinnung durch den Schulunterricht. Die politischen Anschauungen haben gewechselt, ohne daß man dem Schulunterricht eine Wirkung zuschreiben könnte. Das meiste haben die Zeitereignisse und hat eine mächtige in das Leben des Volkes tief eingreifende wirtschaftliche Umwälzung gethan. Gerade solche politische Bestrebungen, die für unsre Zeit am bezeichnendsten sind, können nicht auf irgend eine Einwirkung der Schule zurückgeführt werden. Die Schule hat nie sozialistische Anschauungen gepflegt, viel eher Anschauungen, die den sozialistischen entgegengesetzt sind. Der Sozialismus aber ist gewachsen, weil durch die Entwicklung der Industrie für ihn der Boden bereitet war, weil Entfremdung zwischen den Ständen eintrat und in den Anschauungen der arbeitenden Klassen eine Umwälzung stattfand. Der Gedanke der Staatshilfe, der auch von andern Parteien lebhaft vertreten wird, ist ein Erzeugnis der wirtschaftlichen Verhältnisse der Neuzeit, wie der Erhöhung der Lebensansprüche. Die Sorgen der Erwachsenen, von denen das Kind nichts weiß, haben diese Bestrebungen und Parteiprogramme hervorgerufen.

Im schärfsten Gegensatz zu den sozialistischen Anschauungen steht das monarchische

Gefühl. Der Sozialismus haßt die Monarchie als die Spitze und den festesten Hort des Klassenstaates. Die Pflege des monarchischen Gefühls wird daher als das wirksamste Mittel im Kampf gegen den Sozialismus betrachtet, und hierauf wird auch beim Schulunterricht Bedacht genommen. Nun ist aber das monarchische Gefühl zu verschiedenen Zeiten beim deutschen Volke in höchst ungleicher Stärke ausgebildet gewesen, und dieser Wechsel der Anschauungen war wieder die Wirkung von Zeitereignissen. Zu Anfang der sechziger Jahre konnte man in den außerpreussischen deutschen Staaten wie auch in Preußen selbst über das Herrscherhaus der Hohenzollern oft sehr abfällige Urteile hören. Das hat sich nach den Kriegen von 1864 bis 1870 und 1871 rasch geändert, weil man den Wert der Monarchie für das deutsche Volk erkannte. Es wird auch ferner das beste, ja das einzige Mittel sein, dem Volke dies Gefühl in seiner ganzen Stärke zu erhalten, wenn es thatkräftige Fürsorge der Monarchie für das Wohl des Volkes und des Reiches merkt.

Aus diesen Gründen scheint es der Erwägung wert, ob die ängstliche Besorgnis, womit man jetzt durch Pflege des monarchischen Gefühls in der Schule der Ausbreitung revolutionärer Gelüste entgegenzuwirken sucht, berechtigt sei auch nur vom Standpunkt derer, die den Wert der Monarchie für unser Staatsleben vollauf anerkennen, ob nicht durch ein Zuviel in dieser Richtung der damit verbundene Zweck verfehlt und die entgegengesetzte Wirkung erreicht werden könnte. In den Blättern ist in der letzten Zeit mehrfach eine Schulverfügung besprochen worden, wonach mehrere Wochen hindurch der Geschichtsunterricht sich nur mit der Person des ersten deutschen Kaisers beschäftigen soll. Wird nicht dieser Unterricht bei dem besten Willen leicht einseitig und ermüdend werden, und wird ihm nicht bei manchem Lehrer die Wärme der Überzeugung fehlen, die doch allein die rechte Wirkung hervorbringen kann? Aber weiter: das Bestreben, dem Schulunterricht eine so weitgehende Aufgabe in dieser Richtung zu stellen, trifft auf den heftigsten Widerspruch nicht bloß in sozialistischen Kreisen, sondern auch in solchen Kreisen der Bevölkerung, deren Denkart mit Bezug auf den Wert der Monarchie der sozialistischen verwandt ist. Je deutlicher die Absicht hervortritt, den Schulunterricht als Kampfmittel gegen sozialistische Bestrebungen zu benutzen, desto eher wird ein Gegensatz zwischen Schule und Haus geschaffen, desto näher liegt für die Anhänger dieser Bestrebungen die Versuchung, dem von der Schule auf die Kinder geübten Einfluß entgegenzuwirken. Ob sie auch sonst verständig genug sein mögen, den Wert einer guten Schulbildung, sowie des Zusammenwirkens von Schule und Haus anzuerkennen, sie werden doch, je heftiger heute der Parteikampf tobt, umso mehr dieses Bestreben der Schule als einen Eingriff in ihre Elternrechte betrachten und sich dagegen wehren. Bei diesem Kampf zwischen Schule und Haus aber fragt es sich doch sehr, ob nicht die Schule den Kürzern ziehen wird, und ob nicht das Bestreben der Schule seinen Zweck verfehlen wird gerade bei den Kindern der Bevölkerungsklassen, auf deren Denkart durch dies Mittel einzuwirken gesucht wird.

Weil das monarchische Gefühl in der That im deutschen Volke stets so große Bedeutung gehabt hat, sollte man es nicht durch kleinliche Mittel fördern wollen, deren Anwendung bei aufrichtigen Freunden der Monarchie Bedenken erregen muß. Es ist nicht zu verkennen, daß heute starke Einflüsse der entgegengesetzten Richtung wirksam sind. Aber gegen den Zeitgeist läßt sich nicht durch den Schulunterricht ankämpfen. Vielmehr sollten diese Gefahren, die der Erhaltung und Stärkung des monarchischen Gefühls drohen, zur Warnung dienen, daß man den Begriff der Monarchie nicht überspannen und den Verteidigern der Monarchie nicht eine zu schwere Aufgabe stellen darf, indem Anschauungen von dem Wesen der Monarchie, die auch sie nicht für zutreffend und den heutigen Verhältnissen entsprechend halten.

als maßgebend für das Verhalten des Volks zur Monarchie bezeichnet werden. Am gefährlichsten aber ist der mit dem monarchischen Gefühl getriebene Mißbrauch, das Bestreben, durch beständiges auffälliges Betonen einer angeblich ganz besonders warmen Anhänglichkeit an die Monarchie materielle Vorteile von der Gesetzgebung herauszuschlagen, Vorteile, die ohne Schädigung weiter Bevölkerungskreise die Gesetzgebung nicht gewähren kann. Man vergleiche hiermit die Art, wie vor Jahren nach einem heftigen Kampf zwischen der Regierung und der Opposition das monarchische Gefühl wieder im Volke erstarkte. Damals hatte ein echter, edler Idealismus seine Befriedigung gefunden, eine einmütige, begeisterte und opferfreudige Stimmung hatte das Volk ergriffen; das Verlangen nach Einigung hatte sein Ziel erreicht. Die Monarchie war wieder zu Ansehen gekommen, weil ihr Wirken die vom Volke erstrebte Einigung so kräftig gefördert hatte. Heute sind es kleinliche und selbstsüchtige Bestrebungen, die durch die Berufung auf die Monarchie Stärkung und dem wachsenden Unwillen des Volks gegenüber Schutz suchen. Die Agrarier und Konservativen suchen das monarchische Gefühl zur Parteisache zu machen; sie wollen als „die allein echten Vertreter königstreuer Gesinnung die Besten“ sein und vor der gesamten übrigen Bevölkerung einen Vorzug genießen. Wenn dies Bestreben durch das Verhalten der Regierung gegen die Agrarier Aufmunterung findet, so wird man vergebens durch Pflege des monarchischen Gefühls in der Schule bei der heranwachsenden Jugend der Auffassung entgegenzuwirken suchen, daß Ungerechtigkeit sich mit dem Mantel der Königstreue decken dürfe.

Die Agrarier und die Wissenschaft. Es gab eine Zeit, in der der praktische Landmann durchweg gegen die Wissenschaft, soweit sie ihm Lehren für die Praxis erteilen wollte, eine gewisse Abneigung hegte, auch über den „lateinischen Bauer“ geringschätzig urteilte. Später aber fingen die Landleute allmählich an, den Wert der Wissenschaft für ihren Beruf besser zu würdigen. Die ersten Landleute, die Kunstbänder brauchten und andre Fortschritte zu verwerten wußten, wurden ausgelacht. Heute aber ist die Verwertung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse im landwirtschaftlichen Betriebe ziemlich allgemein. Theorie und Praxis arbeiten einträchtig mit einander, und bei dem Praktiker ist an die Stelle hochmütiger Verachtung Verständnis für die von der Wissenschaft ihm geleistete Hilfe getreten.

In der neuesten Zeit ist dann ein weiterer wichtiger Fortschritt zu verzeichnen; das ist die Verwertung der Wissenschaft als Kampfmittel in den wirtschaftspolitischen Kämpfen. Um hierin einen Fortschritt zu sehen, muß man freilich schon zu den Anhängern des agrarischen Programms gehören. Denn nicht unbefangene Prüfung und redliches Forschen nach der Wahrheit, wobei möglicherweise etwas herauskommen könnte, was man nicht hören mag, ist die Aufgabe dieser sogenannten Wissenschaft. Sie muß das finden und das auslagern, was der Parteigeist von ihr verlangt. Wenn sie das thut, so ist sie die Wissenschaft, deren Anwendung heute im Interesse der notleidenden Landwirtschaft notwendig ist. Im entgegengesetzten Falle taugen die Ergebnisse ihrer Forschung nichts.

Mit dieser Wissenschaft ausgerüstet und zugleich als erfahrene Praktiker des landwirtschaftlichen Gewerbes fühlen sich die Agrarier jedem Gegner überlegen, um welches Gebiet der wirtschaftlichen Gesetzgebung es sich auch handeln möge. Wenn gegenüber den Forderungen der Staatshilfe für die Landwirtschaft von den Gegnern der Agrarier bescheidne Vorschläge gemacht werden, wie die Landwirtschaft durch Selbsthilfe die Not der Zeit überwinden könnte, so wird ihnen stolz entgegnet, daß sie von der Landwirtschaft nichts verstünden. Aber auch bei Fragen, die mit dem engern Gebiet des Landwirtschaftsbetriebes nichts zu thun haben, viel-

mehr in das Gebiet der Volkswirtschaft gehören, erheben die Agrarier denselben Anspruch, alles am besten zu wissen. Denn was die „Feinde der Landwirtschaft,“ d. h. die Gegner der agrarischen Bestrebungen, vorbringen, das ist von vornherein verächtlich. Nur die Liebe zur Landwirtschaft, von der die Agrarier beseelt sind, kann auch den rechten Wegweiser für die Wissenschaft geben. Volkswirtschaftliche Studien über die Bedeutung des Kapitals usw. können sehr nützlich sein, vorausgesetzt, daß sich dabei die den Agrariern erwünschten Schlüsse ergeben, nämlich daß die Macht des beweglichen Kapitals die Quelle alles Übels sei, daß man dem Handel besser aufpassen müsse u. a. m.

Ebenso mit den Forschungen auf medizinischem und veterinär-wissenschaftlichem Gebiet. Die Bazillentheorie kann sehr nützlich sein, wenn man die Bazillen da findet, wo ihre Entdeckung den Bestrebungen der Abschließung gegen das Ausland zur Hilfe kommt. Wenn aber Virchow erklärt, daß Seuchen im Inlande ebenso gut vorkämen wie im Auslande, daß die Einschleppung nicht nachgewiesen werden könne, daß die Furcht vor Seucheneinschleppung gegenseitig sei und daß schon daraus hervorgehe, auf wie unsichern Grundlagen sich die mit so großer Sicherheit aufgestellten Behauptungen stützen, so ist Virchow trotz seines europäischen Rufes ein Ignorant, und Herr Diedrich Hahn dünkt sich dem großen Gelehrten weit „über;“ er weist mit großem Wortschwall und einem Anschein von Gelehrsamkeit nach, daß Virchow Unrecht habe. Weil die Gelehrten sich über die Bazillentheorie doch nicht einigen können, so schließt Herr Hahn, ist die Empirie besser als die Theorie. Bei dem Wort „Empirie“ fühlt der Praktiker seine Brust vor Stolz schwellen. Was aber die Agrarier unter Erfahrung und erwiesenen Thatsachen verstehen, wissen wir: nämlich daß jeder alte Klatsch Glauben verdiene, der zur Verdächtigung ihrer Gegner dient oder ihnen sonst Waffen der Agitation liefert, während sie gewissenhafte Untersuchungen, die ein ihnen unbequemes Ergebnis liefern, für wertlos erklären. Man kann dieser „Wissenschaft“ nur wünschen, daß sie blühe und gedeihe zum Heil des „Volks der Denker.“

Berichtigung. Von der Redaktion der Illustrierten Zeitung werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Behauptung in Heft 10, die Illustrierte Zeitung habe in ihrem Nekrolog über Clara Schumann den Todestag falsch angegeben, irrig ist: die große Künstlerin ist in der That, wie die uns mit übersandte „Sterbeurkunde“ des Frankfurter Standesamts beweist, erst am 20. Mai („nachmittags um vier ein viertel Uhr“), nicht am 19., gestorben. Unser Irrtum, den wir zu entschuldigen bitten, ist auf folgende Weise entstanden. Das Leipziger Tageblatt vom 21. Mai 1896 brachte einen Aufsatz mit der Überschrift: „Clara Schumann †,“ der mit folgendem Satze begann: „In lakonischer Kürze bringt ein Telegramm aus Frankfurt a. M. vom 20. d. Mts. die Trauerbotschaft: »Clara Schumann, die bekannte Pianistin und Lehrerin am Hoch'schen Konservatorium, ist gestern gestorben.«“ Darnach konnte kein Zweifel darüber sein, daß Clara Schumann am 19. Mai gestorben war. Die Angabe war aber doch falsch, und sie ist, wie wir nachträglich hören, dadurch entstanden, daß bereits am 19. Mai in Frankfurt die Nachricht von dem Tode der schwer erkrankten Künstlerin irrtümlich verbreitet war.

Jedenfalls beweist der Fall auch so, was wir beweisen wollten: wie notwendig es ist, daß die schnell abgefaßten biographischen Nachrichten, die unmittelbar nach dem Tode einer hervorragenden Persönlichkeit durch die Presse verbreitet zu werden pflegen, sorgfältig nachgeprüft werden. Und dazu ist der neue „Nekrolog der Deutschen“ berufen.

